

Albrecht Plewnia

DIE LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Vorgeschichte: Das Königsteiner Staatsabkommen

Als es nach dem Zweiten Weltkrieg darum ging, die Forschungslandschaft in Deutschland wiederaufzubauen und neu zu ordnen, setzte sich in den westlichen Besatzungszonen – keineswegs nur auf Druck der Siegermächte – relativ schnell die Haltung durch, dass die Zuständigkeit für Wissenschaft und Forschung ebenso wie die für Kultur unbedingt bei den (größtenteils neu geschaffenen) Ländern, die das Gerüst des neuen föderalen Staates bilden sollten, verbleiben müsse. Andererseits war klar, dass es größere Aufgaben geben würde, die ein einzelnes Land überfordern würden und die daher von allen Ländern gemeinsam getragen werden müssten. Bereits im März 1949, also zwei Monate vor Inkrafttreten des Grundgesetzes, trafen sich die Ministerpräsidenten und Bürgermeister der Länder der drei Westzonen sowie Berlin (West) im hessischen Königstein, wo sie ein „Staatsabkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen“ schlossen. In diesem Königsteiner Staatsabkommen ist festgelegt, dass die Länder für Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung und von gesamtstaatlichem Interesse, deren Finanzbedarf die Leistungskraft eines einzelnen Landes übersteigt, gemeinsam aufkommen. Die Anteile der Länder richten sich dabei nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, der sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der Länder zusammensetzt. Dieser Schlüssel wird jedes Jahr von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder (GWK) neu berechnet; heute wird er auch auf zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen der gemeinsamen Länderfinanzierung außerhalb des Forschungsbereichs angewandt.

Das Königsteiner Staatsabkommen wurde mehrfach verlängert (und modifiziert) und erst 1975 durch eine Neuregelung der Forschungsförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern abgelöst. Als Ländervereinbarung dokumentiert das Abkommen eigentlich den Anspruch der Länder gegenüber dem Bund, die Forschungsförderung sowohl im Hochschulbereich als auch in der außeruniversitären Forschung in der alleinigen Hoheit der Länder zu behalten. Die hier festgelegte gemeinsame Länderfinanzierung galt neben einer Reihe solitärer Forschungseinrichtungen verschiedener Disziplinen insbesondere den in der 1948 gegründeten Max-Planck-Gesellschaft versammelten ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Instituten sowie der ebenfalls 1948 (wieder)gegründeten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die

dann 1951 mit dem Deutschen Forschungsrat zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) fusionierte. Ursprünglich war den geförderten Einrichtungen die Entgegennahme zusätzlicher Bundeszuschüsse ausdrücklich untersagt – eine Festlegung, die allerdings relativ rasch gelockert wurde, vor allem zugunsten der Max-Planck-Gesellschaft und der DFG, die sogar noch Mittel aus dem Marshall-Plan erhielt. Nachdem der Bund seit 1957 bereits mit einzelnen Ländern separate Verwaltungsabkommen zur Finanzierungsbeteiligung geschlossen hatte, wurde 1959 für die Max-Planck-Gesellschaft und die DFG der auch heute für die Leibniz-Gemeinschaft gültige Schlüssel, wonach die Finanzierung je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern zu leisten ist, festgelegt. Es folgte 1964 ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern auch für den Hochschulbereich; damit war die Forschungs- und Wissenschaftspolitik, die nach dem Verständnis der Länder genuine Ländersache gewesen war, endgültig zur Gemeinschaftsaufgabe geworden.

Die Blaue Liste

Die Grundgesetzänderungen von 1969 gaben dem auch eine verfassungsrechtliche Absicherung. Im neuen Artikel 91b wurde die Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich geregelt; danach können Bund und Länder „bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung zusammenwirken“. Mit der Föderalismusreform 2006 wurde dieser Artikel noch etwas klarer gefasst, indem die gemeinsame Bund-Länder-Förderung explizit auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Hochschulen sowie Forschungsbauten bezogen wurde.

In der Folge gab es eine lange Phase von Verhandlungen, in deren Verlauf entschieden wurde, welche der existierenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die bisher keiner der großen Forschungsorganisationen angehörten, in den Genuss der neuen gemeinsamen Förderung gemäß Art. 91b GG kommen sollten; Gegenstand der Überlegungen waren über 300 Institute. Nach acht Jahren war es schließlich soweit: Nach Abschluss einer „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ Ende 1975 veröffentlichten Bund und Länder im Mai 1977 eine zugehörige Ausführungsverordnung mit einer Liste derjenigen Einrichtungen, für die die Bund-Länder-Förderung gelten sollte. Diese Liste umfasste insgesamt 46 Einrichtungen; die blaue Farbe des Papiers, auf das sie gedruckt war, wurde zur Namensgeberin dieser Förderlinie. Die Gruppe der Blauen-Liste-Institute war recht heterogen; neben mehreren geistes- und sozialwissenschaftlichen sowie wirtschaftswissenschaftlichen Instituten umfasste sie auch naturwissenschaftliche Einrichtungen, außerdem mehrere Forschungsmuseen sowie Spezialbibliotheken und wissenschaftliche

Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen. Dabei hatten die Institute eine sehr unterschiedliche Größe (von 20 bis 300 Mitarbeitern). Bis heute ist diese Heterogenität ein Charakteristikum der Leibniz-Gemeinschaft. Den auf der Blauen Liste versammelten Instituten war vor allem gemeinsam, dass sie sinnvollerweise als eigenständige und unabhängige Institute außerhalb der Hochschulen organisiert sein sollten (wobei allerdings auch einige An-Institute an Universitäten vertreten waren) und dass sie sich aber zugleich nicht plausibel in eine der anderen bestehenden Forschungsorganisationen einfügen ließen. Die Geschichte der Blaue-Liste-Institute reichte teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück (wie bei den Forschungsmuseen, etwa dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg oder dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz, die beide 1852 gegründet wurden), teilweise waren es noch relativ junge Gründungen (wie das erst 1976 eingerichtete Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer – oder eben auch das IDS, das seit 1964 existiert). Für die meisten Institute wurde ein Finanzierungsmodell vereinbart, nach dem die eine Hälfte des Fördervolumens vom Bund aufgebracht wurde, die andere Hälfte zum einen Teil vom jeweiligen Sitzland und zum anderen Teil von der Gemeinschaft der Länder gemäß dem Königsteiner Schlüssel.

Von Anfang an mussten sich die Blaue-Liste-Institute regelmäßigen Überprüfungen der Fördervoraussetzungen durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) stellen; schon ab 1979 wurden sie, im Auftrag der BLK, regelmäßigen Evaluationen durch den Wissenschaftsrat unterzogen, deren Ergebnis bei der Frage des Verbleibs eines Instituts in der gemeinsamen Bund-Länder-Förderung zunehmend bedeutsamer wurde. Tatsächlich mussten bis 1989 fünf der ursprünglich 46 Institute die gemeinsame Förderung verlassen. Im selben Zeitraum wurden andererseits sechs Institute neu aufgenommen; dass nicht mehr Einrichtungen dazu kommen konnten, ist auf das sogenannte Omnibus-Prinzip zurückzuführen, das besagte, dass, weil das mögliche Gesamtfördervolumen begrenzt war, (im Prinzip) nur dann ein Institut neu aufgenommen werden konnte, wenn ein anderes aus der Förderung ausschied.

In dieser Zeit verband die Institute der Blauen Liste tatsächlich ausschließlich das Merkmal der gemeinsamen Bund-Länder-Förderung. Es gab – anders als etwa bei der Max-Planck-Gesellschaft – keinerlei übergreifende Organisationsstruktur und schon gar keine gemeinsame Trägerorganisation. Jedes einzelne Institut war rechtlich und organisatorisch selbstständig, die Rechtsformen der Institute waren (und sind bis heute) sehr unterschiedlich. Erst 1989 – aber noch vor der Wende in der DDR – konstituierte sich, zunächst informell, die „Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste“, die sich dann ab 1990/91 stärker institutionalisierte; dabei handelte es sich um ein vergleichsweise

offenes Forum, das vor allem dem Erfahrungsaustausch in administrativen Fragen diente, in zweiter Linie allmählich auch der gemeinsamen Interessensvertretung gegenüber Öffentlichkeit und Politik.

Wende und Wiedervereinigung

Eine große Veränderung für die Blaue Liste brachte die Wiedervereinigung mit sich, die eine Neuordnung der Forschungslandschaft der ehemaligen DDR erforderlich machte. Artikel 38 des Einigungsvertrags sah die Trennung der „Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen“ sowie die „Einpassung von Wissenschaft und Forschung [...] in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland“ vor. In der Folge wurden die Forschungseinrichtungen im Beitrittsgebiet durch den Wissenschaftsrat evaluiert. Im Ergebnis dieser bis Ende 1991 durchgeführten Begutachtungen wurden für rund die Hälfte der in den außeruniversitären Einrichtungen Beschäftigten Weiterbeschäftigungsempfehlungen ausgesprochen; für diese musste ein Platz im existierenden Forschungsförderungssystem der Bundesrepublik gefunden werden. So kam es, dass die eigentlich geschlossene Blaue Liste wieder geöffnet wurde. Da sie ja ohnehin schon eine hohe Heterogenität, inhaltlich-thematisch ebenso wie organisatorisch, aufwies, war die Integration neuer Einrichtungen vergleichsweise unproblematisch; schließlich wurden auf Empfehlung des Wissenschaftsrats insgesamt 34 neue Institute – und damit fast die Hälfte des in den ostdeutschen Ländern in der außeruniversitären Forschung tätigen Personals – in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung der Blauen Liste übernommen. (Daneben konnten in einigen Fällen auch Mitarbeiter aus abgewickelten Einrichtungen in artverwandte Westinstitute integriert werden; beispielsweise kamen zum Jahresbeginn 1992 zweiundzwanzig Wissenschaftler aus dem Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Akademie der DDR ans IDS, wodurch die Zahl der Wissenschaftlerstellen am IDS um rund fünfzig Prozent anwuchs.) Damit war der Anteil der Blaue-Liste-Institute an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen insgesamt im Osten um einiges höher als im Westen. Doch nicht nur geographisch musste sich die Blaue Liste neu orientieren. Dadurch, dass die neu hinzugekommenen Institute überwiegend dem naturwissenschaftlich-technischen sowie dem umwelt- und lebenswissenschaftlichen Bereich zuzuordnen waren, änderten sich auch die inhaltlichen Schwerpunkte deutlich.

Aus den 47 Instituten von 1989 waren jetzt (1992) 81 geworden; entsprechend verdoppelte sich auch der Finanzbedarf: 1994 betrug das Fördervolumen rund 1,2 Milliarden DM, wobei sich die Fördermittel ziemlich genau hälftig

auf die alten und die neuen Bundesländer verteilten. Durch den Zugewinn an Größe begann sich auch die Wahrnehmung der Blauen Liste zu ändern. Allmählich wurde sie zu einem ernstzunehmenden Spieler (bzw. je nach Perspektive: Konkurrenten) im Konzert der Wissenschaftsorganisationen. Parallel wuchs auch bei den Blaue-Liste-Instituten das Interesse an institutsübergreifender Koordination und das Bewusstsein für den Bedarf der Artikulierung gemeinsamer Interessen; in der Folge ging es darum, die Institutionalisierung der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste hin zu einer Art dachverbandsähnlichen Organisationsform der in diesem Modus geförderten Institute voranzutreiben.

Die Wissenschafts-Gemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Im November 1994 beschloss die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste die Einsetzung eines „Grundsatzausschusses für Grundsätze und Arbeitsweisen der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste“. Der Auftrag dieses zehnköpfigen Gremiums (in dem auch das IDS durch seinen damaligen Direktor Gerhard Stickel vertreten war) war die Schaffung einer übergreifenden Struktur, die die Gesamtheit der Blaue-Liste-Institute zu einer handlungsfähigen Forschungsorganisation verbinden und dabei zugleich die grundsätzliche rechtliche und organisatorische Eigenständigkeit der Einzelinstitute sicherstellen sollte; erklärtes Ziel war dabei, diese als die vierte Säule der außeruniversitären Forschung in der Bundesrepublik (neben der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft) zu etablieren. Auf der Grundlage der Vorschläge des Grundsatzausschusses wurde bereits im März 1995 die Satzung für die neue Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) verabschiedet; die WBL wurde als eingetragener Verein mit Sitz in Berlin gegründet, die Geschäftsstelle der WBL wurde in Bonn eingerichtet.

Nachdem die Namensgebung für die neue Gemeinschaft bereits im Grundsatzausschuss kontrovers diskutiert worden war (auch dort war schon Leibniz als Namenspatron im Gespräch gewesen), benannte sich die WBL 1997 – nach zum Teil heftigen Diskussionen – in Wissenschafts-Gemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) um. Das folgte durchaus einem wissenschaftspolitischen Marketing-Trend: Gerade (1995) hatte sich der 1958 gegründete „Arbeitsausschuss für Verwaltungs- und Betriebsfragen der deutschen Reaktorstationen“, der seit 1970 „Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen“ hieß, in „Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren“ umbenannt. Heute firmiert die WGL üblicherweise schlicht als Leibniz-Gemeinschaft.

In den Folgejahren ging es darum, die Funktionsfähigkeit der Zentrale zu sichern und die WGL möglichst rasch ihre Rolle als eigenständiger Akteur



in der Wissenschaftspolitik, der auf Augenhöhe mit den anderen Wissenschaftsorganisationen agiert, finden zu lassen. 1998 wurde ein extern besetzter Senat eingesetzt, dem u.a. die für die gemeinsame Forschungsförderung zuständigen Bundes- und Landesminister angehören. Der Senat gibt Empfehlungen zur strategischen Entwicklung der Leibniz-Gemeinschaft; eine seiner Aufgaben ist es außerdem, mittels eines von ihm gesteuerten Evaluierungsverfahrens über die wissenschaftliche Exzellenz (und damit die Förderungswürdigkeit) der Leibniz-Institute zu wachen. Im Jahr 2000 eröffnete die Leibniz-Gemeinschaft eine Repräsentanz in Berlin; 2006 wurde ein Büro in Brüssel eröffnet, zum einen, um die einzelnen Institute beim Kontakt zu den europäischen Institutionen zu unterstützen, zum andern, um der Leibniz-Gemeinschaft als ganzer die Teilnahme am forschungspolitischen Diskurs auf der europäischen Ebene zu erleichtern. Seit 2010 hat die Leibniz-Gemeinschaft einen hauptamtlichen Präsidenten. Im Jahr 2012 zog die Geschäftsstelle vollständig nach Berlin um, das Büro in Bonn wurde geschlossen.

Mittlerweile hat sich die Leibniz-Gemeinschaft als feste Größe in der deutschen Forschungslandschaft etabliert. In einigen Bereichen gelingt es ihr, standardsetzend zu wirken; vorbildlich ist beispielsweise das 2002 eingeführte Evaluierungsverfahren durch einen Ausschuss des Senats. Seither müssen sich alle Leibniz-Einrichtungen in einem regelmäßigen Turnus von üblicherweise sieben Jahren einer Begutachtung durch externe Experten stellen, deren Urteil als Grundlage der Förderentscheide der GWK dient. Das IDS hat eine solche Evaluierung nach dem neuen Verfahren bereits zweimal durchlaufen (2003 und 2010), beide Male mit hervorragendem Erfolg. Auch im Bereich des internen Mittelwettbewerbs ist die Leibniz-Gemeinschaft exzellent aufgestellt. Mit der zusätzlichen Bereitstellung von Fördermitteln im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation seit 2006 (Pakt I) bzw. 2011 (Pakt II) war die Vorgabe eines internen Wettbewerbsverfahrens verbunden, das bei der WGL in den Händen des hierzu eingerichteten Senatsausschusses Wettbewerb liegt. Das IDS ist mit seinen Projektanträgen bis 2012 in sämtlichen Wettbewerbsrunden zum Zuge gekommen.

Eine Besonderheit der Leibniz-Institute ist ihre strukturelle Nähe zu den Hochschulen. Die Institutsleiter sind typischerweise zugleich ordentliche Professoren einer Universität, die in einem gemeinsamen Berufungsverfahren von Institut und Universität bestellt wurden. Neuerdings unterhalten Leibniz-Institute mit den WissenschaftsCampi besondere Formen der Kooperation universitärer und außeruniversitärer Forschung. Auch die seit 2006 entstehenden Leibniz Graduate Schools zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehören in diesen Kontext.

Gegenwärtig (2013) sind in der Leibniz-Gemeinschaft 86 Institute organisiert, die in fünf Sektionen gruppiert sind: Geisteswissenschaften und Bildungsfor-

schung (Sektion A, 16 Institute, darunter das IDS), Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Raumwissenschaften (Sektion B, 17 Institute, außerdem ein assoziiertes Institut), Lebenswissenschaften (Sektion C, 24 Institute), Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften (Sektion D, 20 Institute) und Umweltwissenschaften (Sektion E, 9 Institute); für einige weitere Einrichtungen ist das Aufnahmeverfahren bereits in Gang gesetzt. Alle Leibniz-Einrichtungen zusammengekommen beschäftigen inzwischen zirka 17.000 Mitarbeiter. Das Gesamtfördervolumen aller Einrichtungen beträgt derzeit rund 1,5 Milliarden Euro (und liegt damit nicht mehr wesentlich unter dem der Max-Planck-Gesellschaft).